



KALK KONKRET

Zeitung der Deutschen
Kommunistischen Partei
im Stadtbezirk 8 (Kalk)



Ausgabe 4

Januar 2012

Erwerbslose: Proteste im Jobcenter
Kalk S. 2

Spekulation: Hunger auch in
Köln S. 3

Gedenken an die Kommunistin
Martha Mense S. 4

Kalk bleibt bunt! Den Aufmarsch von „Pro Köln“ am 28. 1. erneut verhindern!

KALK. Es reicht: Zum dritten Mal innerhalb von nur zehn Wochen wollen Rassist*innen durch das Veedel marschieren. Für den 28. Januar hat „Pro Köln“ erneut eine Demonstration in Kalk angekündigt. Die Rassist*innen der selbsternannten „Bürgerbewegung“ wollen gegen das „Autonome Zentrum“ in der Wiersbergstraße protestieren. Ihnen ist aber auch ein Dorn im Auge, dass in Kalk Menschen unterschiedlicher Herkunft leben, Kalk eben ein „bunter“ Stadtteil ist, zu dem selbstverständlich auch das Autonome Zentrum gehört.

Im November war der erste Versuch von „Pro Köln“, durch den Stadtteil zu demonstrieren, kläglich gescheitert. Nach gerade einmal 200 Metern war Schluss für die Hassprediger: Bürgerinnen und Bürger aus Kalk hatten gemeinsam mit antifaschistischen und linken Organisationen (aktiv dabei war natürlich auch die DKP) die Kalker Hauptstraße blockiert. Für „Pro Köln“ war kein Durchkommen, unverrichteter Dinge und frustriert zogen die „Nazis im bürgerlichen Gewand“ (aus einem Sprechchor einer Kalker Sambagruppe) nach mehreren Stunden Stillstand wieder ab. Am 10. Dezember konnten dann rund 50 militante Neonazis rund um den Pulheimer Axel Reitz dank eines großen Polizeiaufgebots einmal von der S-Bahnhaltestelle Trimbornstraße bis zum Polizeipräsidium und zurück ziehen. Auch dieser Aufmarsch wurde von antifaschistischen Protesten begleitet.



Ein Stadtteil in Geiselhaft

Skandalös: Die Polizeieinsätze zur Durchsetzung der rechten Aufmärsche haben das öffentliche Leben in Kalk stundenlang praktisch zum Erliegen gebracht. Anwohner wurden daran gehindert, sich in ihrem Stadtteil frei zu bewegen und zum Teil sogar mit Platzverweisen schikaniert. Das „Bündnis gegen Pro Köln“ ruft dazu auf, den erneuten Versuch von „Pro Köln“, durch Kalk zu marschieren, zu verhindern: „Wir werden es auch am 28. Januar nicht zulassen, dass Rassist*innen in Kalk aufmarschieren können. Wie im November rufen wir dazu auf, Kalk dichtzumachen. Kommt deshalb ab 9 Uhr auf die Kalker Hauptstraße um für ein solidarisches Zusammenleben in Kalk und gegen Rassismus ein Zeichen zu setzen. Sie werden auch diesmal nicht durchkommen!“ Die DKP Kalk schließt sich dem Aufruf an. Die Erfahrung zeigt,

dass rechte und faschistische Gruppen immer dort stark werden, wo man sie gewähren lässt. Gemeinsam können wir sie stoppen! Aktuelle Informationen zu den antifaschistischen Protesten gibt es im Internet: www.dazwischengehen.mobi



Naturfreundehaus: Sünder stellt sich quer

KALK. Das Naturfreundehaus in der Kapellenstraße ist im Stadtteil ein fester Bestandteil des sozialen Netzwerks. Hier wird ehrenamtlich nicht nur Kinder- und Jugendarbeit geleistet, sondern das Haus ist längst eine Anlaufstelle für Menschen in Not geworden. Neben einer Selbsthilfegruppe für Alkoholiker/innen, einer Beratung für Erwerbslose, einem Frauencafé und einer Lebensmittelausgabe treffen sich hier auch zahlreiche Vereine und Initiativen.

Da das Haus mittlerweile aus allen Nähten platzt, möchten die Naturfreunde gerne ihr Obergeschoß ausbauen. Dafür hat der Verein einen finanziellen Zuschuß von der Stadt bekommen. Für

den Ausbau wird jedoch die Zustimmung der Nachbarn benötigt. Keiner der Nachbarn hat etwas dagegen. Mit einer Ausnahme: Die Sünder-Brauerei. Die befürchtet, das wenn sich in dem ausgebauten Naturfreundehaus mehr Menschen treffen oder übernachten, das diese sich über den Lärm oder Gerüche der Brauerei beschweren könnten und Sünder auf Dauer die Produktion einschränken müsse.

Die Naturfreunde haben der Brauerei angeboten auf Abwehrrechte gegen die Immissionen zu verzichten, sofern sich diese nicht zukünftig erhöhen würden. Sie befürchten nun, dass selbst wenn Sünder die Auseinandersetzung verlie-

ren sollte, sich der Baubeginn auf lange Zeit verzögert. Und dies wäre eine Katastrophe für ihre soziale Arbeit. Sie haben daher vor einiger Zeit die örtlichen Gastronomen angeschrieben, die Sünder-Produkte ausschenken und um Unterstützung gebeten.

Die Sünder-Brauerei zog daraufhin vor Gericht. Nun versucht Bezirksbürgermeister Thiele in dem Streit zu schlichten. Im Internet-Netzwerk Facebook hat sich mittlerweile eine Gruppe zusammgefunden, die zum Boykott der Sünder-Brauerei aufruft. Die DKP Kalk unterstützt das Anliegen der Naturfreunde: Die Menschen im Stadtteil brauchen dieses Haus!

Proteste im Jobcenter Kalk: "Das übliche Prozedere"

KALK / MÜLHEIM. Mitte November 2011 wurden gegen zwei Erwerbslose im Jobcenter Kalk Hausverbote ausgesprochen, weil diese dort einige Exemplare des "Überlebenshandbuchs" der "Kölner Erwerbslose in Aktion" (KEAS) verteilt hatten. Für dieses schlimme Vergehen erteilte die Hartz IV-Behörde beiden ein Jahr (!) Hausverbot in allen Kölner Jobcenter-Dienststellen. Erwerbsloseniniti-

Security wieder einmal die Polizei. Die sprach gegen zwei von der Security willkürlich ausgewählte Personen Hausverbote aus.

Spontane Kundgebung

Als aufgebrachte Erwerbslose sich daraufhin mit den Betroffenen solidarisierten und eine spontane Kundgebung vor

Anlage sorgte für Musik und Informationen. Das Kölner Jobcenter hat in den vergangenen Jahren schon so einige Proteste erlebt. Im Rahmen der sogenannten „Zahltag!“-Kampagne wurden die Foyers unangemeldet und ungenehmigt mit Bühnen, Küchen, Vorträgen und Filmveranstaltungen bespielt.

Nicht immer reagierte das Jobcenter so rigide wie derzeit im Jobcenter Kalk. Man übte sich statt dessen in Deeskalation und Vermitteln konkreter Anliegen. Nunmehr scheinen die Fronten verhärtet. Der Hausfrieden wird brüchig bleiben.



ativen protestierten seitdem wiederholt im Jobcenter Kalk gegen das Vorgehen der Security und der Polizei. So auch am 2. Januar. Die Amtsleitung bot wieder "das übliche Prozedere": Völlig überfordert von Erwerbslosen, die sich in der Wartzone über ihre Situation und ihre Rechte austauschten und sich dazu noch Kaffee ausschenkten, rief die Jobcenter-

dem Amtsgebäude anmelden wollten, zeigten diese sich erst einmal unwillig. Erst ein angeforderter Einsatzleiter, mittlerweile standen schon vier Polizeiwagen vor dem Gebäude, genehmigte die Kundgebung vor dem Jobcenter. Spontan entfaltete sich ein Pavillon, wurden Transparente gegen Hartz IV und Jobcenter-Schikanen aufgehängt und eine



Spekulation: Hunger auch in Köln

Das Kilo Mehl kostete bis zum vergangenen November bei Aldi 25 Cent. Seitdem 45 Cent. Der Zuckerpreis ist von 65 auf 85 Cent gestiegen. Kaffee war schon im vergangenen September 22 Prozent teurer als vor einem Jahr. Pflanzenöl und Margarine 20 Prozent. Lebensmittelpreise steigen besonders stark. Besonders unangenehm sind solche Preisanstiege für diejenigen Menschen, die einen größeren Teil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben müssen. Aber Einkommenschwache sind auch stärker von anderen Preiserhöhungen betroffen. Kraftstoffe wurden über das Jahr 11,5 Prozent teurer, Zentralheizung und Fernwärme 8,0 Prozent, Strom 7,3 Prozent und Gas 4,6 Prozent. Die Armutsquote in Köln ist auf mittlerweile 15,1 Prozent gestiegen. Jeder neunte Kölner ist überschuldet (KStA 8.11.11). Jedes vierte Kind in unserer Stadt ist arm. Die Folge: In Köln wird gehungert. Der Wirtschaftsjournalist Harald Schumann veröffentlichte im vergangenen Oktober den Report „Die Hungermacher. Wie Deutsche Bank, Goldman Sachs & Co. auf Kosten der Ärmsten mit Lebensmitteln spekulieren“. Darin belegt er, wie Spekulationen die Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt beeinflussen.

Über eine Milliarde Menschen auf der Welt hungert. Allein 2010 stiegen die Lebensmittelpreise um ein Drittel. Dadurch wurden mehr als 40 Millionen Menschen zusätzlich in absolute Armut gestürzt. Es gibt aber auch einen anderen Rekord: Bis Ende März 2011 haben Kapitalanleger wie Versicherungen und Pensionsfonds 600 Milliarden Dollar in die von den Investmentbanken und Hedgefonds aufgelegten Papieren für Wetten mit Rohstoffen, darunter Mais und Weizen, investiert.

Besonders aktiv im Geschäft mit derartigen Rohstoffderivaten ist Goldman Sachs, gefolgt von Merrill Lynch und Deutsche Bank. Die Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln ist höchst einträglich. Allein Goldman Sachs machte 2009

mit diesen Geschäften rund 5 Milliarden Dollar Gewinn.

Spekulation treibt Preise in die Höhe

Infolge der Nahrungsmittelspekulation stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel explosionsartig an, für Mais seit 2008 um 73 Prozent, für Getreide um 110 Prozent und für Reis um 64 Prozent. Es war der rasante Anstieg der Lebensmittelpreise, der die Menschen in Tunesien und Ägypten auf die Straße trieb. Die korrupten Regierungen wurden gestürzt. Zu einer Verschärfung der Lage in den Ländern der 3. Welt trägt das Agrardumping der Industriestaaten bei. Während von den Entwicklungsländern verlangt wird, ihre Märkte zu öffnen, subventionierten die Industriestaaten ihre Bauern allein im Jahr 2010 mit 349 Milliarden Dollar. Einheimische Bauern werden so um ihre Existenz gebracht, da sie nicht mit den subventionierten Preisen konkurrieren können. Zweidrittel aller Hungernden sind Bauern.

Der Hunger ist nicht zuletzt eine Folge der Krise. Kapital sucht angesichts der Krise verzweifelt nach Rendite. Es droht die Entwertung. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben alle weltweit produzierten Güter und Dienstleistungen einen Wert von 63 Billionen Dollar. Dem steht fiktives Kapital – und dazu zählt die Nahrungsmittelspekulation – in Höhe von 1 643 Billionen Dollar gegenüber (SPIEGEL 34/2011). Das ist das 26fache der Realwirtschaft!

In der gegenwärtigen Schuldenkrise werden die Banken geschont, ihre Gewinne staatlich subventioniert. Wir alle sollen das mit Geldentwertung bezahlen. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer (F.A.S. 7.8.11): „Ich sage schon länger, dass man letztlich die Schuldenlast durch einen mäßigen Anstieg der Inflation – sagen wir mal so auf fünf Prozent global – abtragen wird“.

Die großen Banken gehören endlich enteignet und in öffentliche Kontrolle!

DKP in Kalk Wir über uns

Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht in der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die Konrad Adenauer zwölf Jahre zuvor verbieten ließ. Das Ende des Sozialismus in Europa war auch für uns ein tiefer Einschnitt, von dem wir uns allmählich wieder erholen.

Die DKP hat heute in Ost und West knapp 5000 Mitglieder, in den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem Jüngerer zu. Ziel der DKP ist letztlich eine sozialistische Welt, in der Ausbeutung und Krieg abgeschafft sind. Wer sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine friedliche Welt einsetzen will, findet seine Mitstreiter in der DKP.

In Köln ist die DKP in fünf Parteigruppen organisiert und in allen Stadtbezirken präsent. Unsere Mitglieder wirken in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, antifaschistischen Initiativen und sozialen Bewegungen mit. Im ehemals stark industrialisierten Kalk hat die kommunistische Bewegung eine lange Tradition. Lange galt der Stadtteil als Hochburg der KPD und später der DKP. Und auch hier wollen wir wieder stärker werden. Die DKP arbeitet besonders eng mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zusammen.

•••••
+++Termine+++Termine+++

• *Samstag, 28. Januar 2012, ab 9 Uhr*

• **Kalk macht dicht 2.0**

• Weitere Infos im Internet:

• www.dazwischengehen.mobi

• *Samstag, 28. April 2012, ab 15 Uhr*

• **Rote Maifeier der DKP Köln**

• Kulinarisches, linke Politik und Kultur

• Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstraße 9a

• **Regelmäßige Treffen der DKP in Kalk - Interessenten sind willkommen!**

• Bitte aktuelle Termine per E-Mail an kalk@dkp-koeln.de erfragen.

•••••

Gedenken an die Kommunistin Martha Mense

KALK. Sie wäre im Dezember 2011 einhundert Jahre alt geworden: Martha Mense, Kölner Kommunistin und Widerstandskämpferin. In Kalk ist seit 2001 eine Straße nach ihr benannt. Dort, zwischen Wiersbergstraße und Kapellenstraße hatte SPD-Bezirksbürgermeister Markus Thiele aus diesem Anlass im Dezember eine Gedenkfeier organisiert.

Mense trat 1931 der Kommunistischen Jugend bei, ein Jahr später wurde sie Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. Nach 1933 arbeitete sie in einer antifaschistischen Widerstandsgruppe und wurde mehrfach von den Nazis verhaftet, nach der Befreiung vom Faschismus engagierte sie sich wieder in

der KPD und wird aktives Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN). Bis zu ihrem Tod war Martha Mense aktives Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei. Daneben war sie vor allem als Antifaschistin tätig und besuchte Schulklassen, organisierte Führungen und engagierte sich in der Friedensbewegung. In Zeiten, in denen die SPD zur Kriegspartei und Vollstreckerin arbeitnehmerfeindlicher Politik geworden ist verwundert es kaum, dass an Mense zwar als Antifaschistin erinnert wird, aber ihre Partei, der sie Jahrzehnte angehörte, nicht zum Gedenken eingeladen wurde. Wie sehr die DKP Kalk ihre Ehrung auch begrüßt: Die Vereinnah-



mung durch bürgerliche Kräfte in der ehemaligen kommunistischen Hochburg Kalk wird nicht gelingen. Denn auch das war Martha Mense: Eine unermüdliche Kämpferin für Frieden und gegen soziale Ungerechtigkeit, für eine andere, eine sozialistische Gesellschaft.

LLL-Demonstration: DKP Kalk bei Karl und Rosa



KÖLN / BERLIN. Mehr als 60.000 Menschen kamen Mitte Januar zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde, um an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu erinnern. Die beiden Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) waren am 15. Januar 1919 mit Wissen von SPD-Funk-

tionären durch rechte Freikorps-Mitglieder ermordet worden.

Aus der Domstadt war eine größere Delegation der DKP und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) nach Berlin gereist – darunter natürlich auch Kommunisten aus dem Stadtbezirk Kalk. Diese beteiligten sich an der traditio-

nellen Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demonstration. Rund 10.000 Menschen zogen vom Frankfurter Tor über die Frankfurter Allee bis zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde. Die Linkspartei hatte zum „stillen Gedenken“ an die beiden Revolutionäre aufgerufen.